Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 22 (1942-1943)
Heft: 1

Artikel: Trau - schau - wem! : eine unmögliche Geschichtsquelle
Autor: Dittmann, Wilhelm
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-334606

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

schließlich umnachteten. Aber die Leuchtkraft seines Namens auf Erden ist gleichwohl geblieben. Durch seine «Garantien der Harmonie und Freiheit» hat ihn Wilhelm Weitling selber mit nie verlöschender Flammenschrift in das Buch der Weltgeschichte eingetragen.

Trau — schau — wem!

Eine unmögliche Geschichtsquelle

Von Wilhelm Dittmann

I.

Es ist ein wahres Kreuz um die Geschichtsschreibung und ihre Quellen. Nicht jeder, der als «Geschichtsschreiber» auftritt, hat den Geist der Zeit, über die er schreibt, wirklich erfaßt, den universalen Überblick über Ereignisse und Menschen gewonnen, um ein zutreffendes Geschichtsbild geben zu können. Das ist eine alte Erfahrung, die man immer wieder machen kann. Schon Goethe läßt seinen *Faust* sagen:

«Mein Freund, die Zeiten der Vergangenheit
Sind uns ein *Buch mit sieben Siegeln.*
Was ihr den Geist der Zeiten heißt,
Das ist im Grund *der Herren eigner Geist,*
In dem die Zeiten sich bespiegeln.»

Die Wahrheit dieses Dichterwortes beweisen auch zwei Bücher des früheren deutschen kommunistischen Reichstagsabgeordneten Dr. *Arthur Rosenberg* über die letzten Jahrzehnte deutscher Geschichte, von denen das eine 1928 unter dem Titel «*Die Entstehung der deutschen Republik*» im Verlag von Ernst Rowohlt in Berlin, das andere 1935 mit dem Titel «*Geschichte der deutschen Republik*» bei der Verlagsanstalt «Graphia» in Karlsbad erschienen ist. Der Verfasser gehört zu den schwankenden Gestalten, denen ein eigener fester Standpunkt fehlt und die sich jeder Konjunktur anzupassen verstehen. Deshalb ist ihm gegenüber das alte Wort am Platze: «Trau – schau – wem!»

Rosenberg war seit 1914 Privatdozent für alte Geschichte an der Berliner Universität. Er schrieb ein Buch über *Alexander den Großen* und brachte im Vorwort des Buches in Anpassung an den damals grassierenden Hohenzollernkult eine *Verhimmelung Wilhelms I.*, des Großvaters Wilhelms II., an. Durch die November-Revolution von 1918 wurde er aus seinem bürgerlichen Geleise geworfen und geriet in das *politische Getriebe der Mehrheitssozialdemokratie.* Später ging der «Zug der Zeit» zur *unabhängigen Sozialdemokratie,* und *auch Rosenberg* fand sich jetzt bei ihr ein. Aber sie wußte offenbar seinen politischen Ehrgeiz auch nicht zu befriedigen. Als 1920 im Oktober die USPD. in Halle durch das Moskauer Diktat gespalten wurde und ihr linker Flügel zur Kommunistischen Partei überging, ging auch Rosenberg mit. Er wurde 1921 als Kommunist in die *Berliner Stadtverordnetenversammlung* und 1924 in den *Reichstag*

gewählt, dem er bis 1928 angehört hat. Er führte sich im Reichstag durch eine Brandrede gegen die Sozialdemokratie ein, trat dann aber im Reichstag nicht mehr besonders hervor. Etwa ein Jahr vor Ablauf der Legislaturperiode *verließ er die Kommunistische Partei wieder* und gehörte dem Reichstag nun als «Wilder» an. Von unserer Berliner Ortsleitung erfuhr ich, daß er in dieser Zeit bei ihr – allerdings vergeblich – habe sondieren lassen, ob er nicht 1928 für die Sozialdemokratie wieder in den Reichstag gewählt werden könne.

Mit den Parteien, die er der Reihe nach durchlaufen, verband Rosenberg *keinerlei innere Überzeugung*. Er betrachtete sie lediglich als Positionen, von denen er sich *Informationen und Material* für sein Handwerk, der Fabrikation «historischer» Bücher, verschaffen konnte. Deshalb hatte er sich 1925 von der kommunistischen Reichstagsfraktion in den «*Parlamentarischen Untersuchungsausschuß über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs*» wählen lassen, dem auch ich als Sozialdemokrat angehörte. Dort ging er in der Kritik des kaiserlichen Regiments der Kriegszeit zunächst mit uns Sozialdemokraten völlig konform, näherte sich aber gegen Ende der Legislaturperiode immer mehr bürgerlichen Anschauungen.

Die Ursache dieser neuen Wandlung wurde mir klar, als 1928 sein Buch «*Die Entstehung der deutschen Republik*» erschien. Wie er sein Buch über Alexander den Großen an die byzantinische Hohenzollernverehrung angepaßt und sich damit bei der nationalistischen Leserschaft jener Zeit eingeführt hatte, so paßte er jetzt sein neues Buch an die 1928 herrschende *bürgerliche Mentalität* an, die die Geschehnisse des Weltkrieges unter dem «objektiven» Gesichtspunkte des «Einerseits und Anderseits» im Lichte eines versöhnlichen und alles verstehenden Eklektizismus sehen wollte. Das Buch ist im wesentlichen eine Kompilation aus den im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß erstatteten *militärischen Gutachten kaiserlicher Generäle* über die Kriegsereignisse und *politischer Gutachten bürgerlicher Reichstagsabgeordneter* über die politischen Geschehnisse während des Weltkrieges.

In den politischen Fragen stützt Rosenberg sich vor allem auf den früher konservativen, später mittelständlerischen Professor Dr. *Bredt*, auf den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Freiherrn *v. Richthofen* und den demokratischen Reichstagsabgeordneten Professor Dr. *Bergsträßer*, deren Parteizugehörigkeit er verschweigt, obgleich sie natürlich von wesentlicher Bedeutung ist. Seine auf ein bürgerliches Publikum eingestellte Darstellung gibt ein *einseitiges und schiefes Bild* von der politischen Entwicklung in Deutschland während des Krieges, die zum Sturz des wilhelminischen Regiments und zur November-Republik von 1918 geführt hat.

Dies Bild wird oft *zum Zerrbild*, ja zur Karikatur, weil Rosenberg infolge einer nur oberflächlichen Belesenheit jede tiefere Kenntnis und jedes innere Verständnis vom Wesen, von der Geschichte und der Entwicklung der Sozialdemokratie fehlt und er die verschiedenen Richtungen und Strömungen im sozialistischen Lager nur mangelhaft oder gar nicht kennt und falsch beurteilt. Ein bezeichnendes *Beispiel* für die Zeit vor dem Kriege: Rosenberg schreibt (S. 50), «daß auf den sozialdemokratischen Parteitagen die Kämpfe zwischen Radikalen und Revisionisten ausgefochten wurden,

während der Parteivorstand die bequeme Rolle des Schiedsrichters hatte». Schon ein flüchtiger Blick in die Parteitagsprotokolle der Vorkriegszeit hätte Rosenberg zeigen können, daß niemand anders als der Vorsitzende des Parteivorstandes, *August Bebel, der Führer der Radikalen* auf den Parteitagen im Kampfe gegen die Revisionisten war und alle Parteitagsbeschlüsse gegen sie von Bebel und dem Parteivorstand beantragt worden sind.

Ein *Beispiel* aus der Kriegszeit, durch das Rosenbergs «Kenntnis» der inneren Vorgänge in der Sozialdemokratie illustriert wird. Er sagt (S. 113): «Die USPD. dagegen bildete sich aus einem Teil der Revisionisten, verbündet mit einem Teil der alten Parteivorstandsgruppe. Hervorragende Revisionisten, wie Bernstein und Eisner, gingen zur USPD.» In Wirklichkeit war *die USPD. der alte Kern der Radikalen* aus der Vorkriegszeit, in der Mitgliedschaft hundertprozentig und in der Reichstagsfraktion mit wenigen Ausnahmen; Eisner, der nie dem Reichstage angehört hat, war kein eigentlicher Revisionist, sondern ein idealistischer Pazifist und politischer Eingänger. Von den 18 Fraktionsmitgliedern, die die Kriegskredite abgelehnt hatten und sich am 24. März 1916 im Reichstag als Fraktion der «Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft» (später USPD.-Fraktion) konstituierten, war nur Bernstein bisheriger Revisionist, alle anderen bisherige Radikale: Bock, Büchner, Dr. Oskar Cohn, Dittmann, Geyer, Haase, Henke, Herzfeldt, Horn, Kunert, Ledebour, Schwartz, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm und Zubeil. Entsprechend seiner stupiden Unwissenheit über die sozialistischen Parteirichtungen sind Rosenbergs Kommentare über sie denn auch *reine Phantastereien.*

Rosenberg bemüht sich krampfhaft und absolut willkürlich, aus den erwähnten Bekundungen bürgerlicher Politiker im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß eine *bürgerliche Revolutionsbewegung* im Kriege zu konstruieren.

So macht Rosenberg denn aus den jüngeren linken Wortführern des Zentrums und des Liberalismus ungeniert «*Revolutionäre*», weil sie von Mitte 1917 an, nach dem Mißerfolg des U-Boot-Krieges, Amerikas Eintritt in den Krieg und dem Ausbruch der Revolution in Rußland, den Glauben an den deutschen Endsieg verloren hatten und nun einer *Angst-Demokratisierung und -Parlamentarisierung* das Wort redeten, um einer Revolution der Massen den Wind aus den Segeln zu nehmen und bei den Demokratien auf der Ententeseite eine günstigere Stimmung zu erzeugen. Von *Erzberger*, dem Wortführer des linken Zentrumflügels, sagt er dabei: «Seine ungewöhnliche Aktivität sichert ihm den führenden Platz unter den Männern der *deutschen bürgerlichen Revolution.*» Betriebsame Geschäftigkeit wird hier mit revolutionärer Tätigkeit verwechselt. Die wirklich revolutionären Dränger und Treiber im Kriege, die Massen der USPD., verwandelt Rosenberg (S. 201) seelenruhig in bloße Mitläufer seiner imaginären bürgerlichen Revolutionsbewegung. In Wirklichkeit *ging die Initiative von der USPD. aus.*

Rosenberg geht Dokumenten und konkreten Angaben, die den Leser in die Lage versetzen könnten, die Kommentare des Verfassers kritisch zu prüfen und zu kontrollieren, überhaupt möglichst aus dem Weg, auch

in den Anmerkungen. Er serviert alles in *seiner* Sauce, einer undefinierbaren *Universalsauce*, und gibt ein buntes Potpourri weltfremder utopischer Anschauungen zum besten. Ein Chamäleon könnte von ihm lernen, wie man in allen Farben schillern kann.

In Anpassung an die monarchisch-nationalistische Legende attestiert Rosenberg (S. 66/67) *Wilhelm II.*, daß er *am Kriegsausbruch «moralisch unschuldig»* gewesen sei, als wenn Rosenberg in Kautskys Buch «Wie der Weltkrieg entstand» nicht gelesen hätte, daß der Kaiser durch seine kriegshetzerischen Randbemerkungen sowie auch durch seine auf Täuschung und Einschläferung der Entente berechnete Nordlandreise sein gerüttelt Maß moralischer Mitschuld am Kriegsausbruch zu tragen hatte. In seltsamem Widerspruch zu diesem Reinwaschungsversuch an Wilhelm II. steht bei Rosenberg (S. 74) die alternative Aufwerfung der Frage, ob es für den Reichstag bei Kriegsausbruch nicht «zweckmäßig» gewesen sei, «*Bethmann Hollweg oder gar den Kaiser abzusetzen*», weil ihre Außenpolitik Bankrott gemacht habe, eine in ihrer Weltfremdheit nicht zu überbietende Frage in jener Situation.

Von der gleichen *Weltfremdheit* zeugt es, wenn Rosenberg (S. 115) sagt: «*Im Sommer 1916 lag in Deutschland die politische Macht gleichsam auf der Straße.* Wer den Mut hatte, zuzugreifen, der hatte sie.» Eine solche Phantasterei schreibt ein «Historiker» von der Zeit, als *Karl Liebknecht*, nur weil er «auf der Straße» gegen den Krieg protestiert hatte, auf vier Jahre ins Zuchthaus gesteckt wurde, und als Hindenburg und Ludendorff die unumschränkten Diktatoren Deutschlands wurden. Schon vorher (S. 108) hatte Rosenberg mit derselben genialen Abwesenheit jedes Wirklichkeitssinnes behauptet: «Eine parlamentarische bürgerliche Reichsregierung wäre im Sommer 1916 möglich gewesen ... Wäre damals ein *Ministerium Spahn–Westarp–Stresemann* zustande gekommen, so hätte dies trotz allem einen Schritt vorwärts bedeutet.» Zentrum, Konservative und Nationalliberale lebten damals noch im Siegesrausch und dachten nicht im Traume an eine Änderung des Regierungssystems. Deshalb ist die Aufwerfung solcher Fragen durch Rosenberg die reinste *politische Kannegießerei.*

Die Anpassung Rosenbergs an die Mentalität gewisser nationalistischer Kreise offenbart sich in peinlicher Weise in seinen Urteilen über die *Marinemachthaber im Kriege* gegenüber den Matrosen und Heizern. Zu den 1917 in der Hochseeflotte gefällten *Todesurteilen* behauptet er, daß sich die Marinejustizbeamten und der ihre Todesurteile bestätigende Flottenchef Admiral *Scheer* «in gutem Glauben» befunden hätten (S. 176). Dabei weiß Rosenberg aus meinem sechsstündigen Referat vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, daß die Todesurteile durch unerhörten Terror zustande gekommen und von Admiral Scheer bestätigt worden sind, obgleich er die ihm vom Marineoberkriegsgerichtsrat in einem Rechtsgutachten gegen die Urteile vorgetragenen «Bedenken» ausdrücklich «anerkannt» und – wie es wörtlich in der Bestätigungsorder heißt – «trotz danach bestehenden Zweifeln» die Urteile hat vollstrecken lassen. Ebenso sucht Rosenberg die Admiräle zu decken, die Ende Oktober 1918 den von den Mannschaften der Schiffe vereitelten *Flottenvorstoß*

gegen England planten, um die mit Wilson schwebenden Waffenstillstandsverhandlungen zu torpedieren.

Bei der Darstellung des großen *Protest- und Friedensstreiks* vom Januar 1918, der sich gegen die von der deutschen Militärdiktatur geplante Vergewaltigung Sowjetrußlands bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk richtete, schreibt Rosenberg in seinem krampfhaften Bemühen, der Reichstagsmehrheit der Friedensresolution eine revolutionäre Rolle zu unterstellen (S. 196): «Die Reichstagsmehrheit hätte sich damals an die Spitze der Massenbewegung durch eine entsprechende Aktion im Parlament stellen können.» Wieder reinste *Kannegießerei*, denn Rosenberg weiß, daß seine bürgerlichen «Revolutionäre» eine *Heidenangst vor der Massenbewegung* hatten und sie im Reichstag verleugnet und verurteilt haben, als die USPD.-Fraktion dort den Antrag gestellt hatte, mich, der ich wegen einer Rede während des Streiks zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt worden war, aus der Haft zu entlassen; der Antrag wurde abgelehnt.

Eine geradezu grotesk anmutende Probe utopischer *Konjekturalpolitik* im luftleeren Raum setzt Rosenberg dem Leser (S. 223/24) über die Taten vor, die seine «revolutionäre» Reichstagsmehrheit im Sommer 1918 – hätte vollbringen müssen; es heißt bei ihm:

> «Die Reichstagsmehrheit hätte sofort im August Ludendorff stürzen und die parlamentarische Regierung bilden müssen ... Die neue deutsche Regierung hätte sofort die Ost-Abenteuer der Obersten Heeresleitung liquidieren, aus freien Stücken auf den Frieden von Brest-Litowsk verzichten und alle deutschen Truppen aus den besetzten Gebieten abberufen müssen. So wäre eine Verständigung und ein politisches Zusammengehen mit Sowjetrußland möglich gewesen.»

So phantasiert Rosenberg noch eine Weile weiter, was seine Reichstagsmehrheit damals vernünftigerweise *hätte tun müssen*, eine Moralpredigt an die falsche Adresse. Er verrät leider nicht, wie Ludendorff, der damals den Staatssekretär des Äußern v. Kühlmann zu stürzen noch die Macht besaß, gleichzeitig von der Reichstagsmehrheit hätte gestürzt werden können. Ebensowenig erfährt man von Rosenberg, wie die von der Bolschewistenangst befallene Reichstagsmehrheit zu einem «politischen Zusammengehen mit Sowjetrußland» zu bewegen gewesen wäre.

Der *Hasardeur Ludendorff* erscheint bei Rosenberg in dem Augenblick, als er das überstürzte Waffenstillstandsverlangen stellte, im Lichte eines «aus hochachtbaren Motiven handelnden» Patrioten (S. 230), der eine «bei den großen Diktatoren seltene persönliche Uneigennützigkeit» gezeigt habe, weil er angeblich freiwillig auf seine Diktatur verzichtet und die Macht «seinen Gegnern von der Reichstagsmehrheit» bereitwilligst abgetreten, ja direkt aufgezwungen habe, weshalb Rosenberg entzückt ausruft: «Diese Art von Revolution ist in der ganzen Weltgeschichte ohne Beispiel.» (S. 227.) Dabei geht aus Rosenbergs eigener Darstellung klar hervor, daß *Ludendorff am Ende seines Feldherrnlateins* war und die Macht erst abgab, als sie nur noch eine Fiktion darstellte und er bemüht war, *das Odium für die katastrophale militärische Niederlage* und ihre Folgen

von den Militärs und dem autokratischen kaiserlichen Regiment auf die Zivilgewalt und das kommende demokratisch-parlamentarische Regierungssystem *abzuwälzen*. Für soviel «Loyalität» und «persönliche Uneigennützigkeit» hüllt Rosenberg ihn förmlich in eine Weihrauchwolke ein.

Die über alle Abwiegelungs- und Bremsversuche der Rosenbergschen Pseudo-Revolutionäre rücksichtslos hinwegschreitende *November-Revolution* von 1918 war nach Rosenberg die überflüssigste Sache von der Welt, denn:

> «Die Reichstagsmehrheit hat im Oktober im wesentlichen all das erfüllt, was die großen Massen des deutschen Volkes verlangten ... Trotzdem ist es zu der wunderlichsten aller Revolutionen im November 1918 gekommen. Die Massen, die hinter der Regierungsmehrheit standen, rebellierten gegen die Regierung Max' v. Baden, das heißt, eigentlich gegen sich selbst.» (S. 238.)

So «wunderlich» sieht ein «Historiker» die deutsche November-Revolution von 1918. Sie war der klarste Beweis, daß «die großen Massen des deutschen Volkes», im Gegensatz zu Rosenbergs Darstellung, eben nicht «hinter der Regierungsmehrheit standen». Zudem weiß doch auch Rosenberg, daß die politische Hauptforderung jener Zeit, die *Abdankung des Kaisers*, die von Wilson unzweideutig gefordert worden war und durch die der Sturz der Monarchie und des preußischen Militärabsolutismus seinen weithin sichtbaren Ausdruck fand, nicht schon im Oktober erfolgt, sondern immer wieder verzögert und erst am 9. November, als in Berlin die Revolution bereits alles beherrschte, vom Reichskanzler Max v. Baden über den Kopf des Kaisers hinweg proklamiert worden ist.

Rosenberg schließt sein Buch über die Entstehung der deutschen Republik mit dem *10. November 1918* ab, dem Tage, an welchem die *erste rein sozialistische Regierung* der sechs Volksbeauftragten – Ebert, Scheidemann und Landsberg von der Mehrheitssozialdemokratie und Haase, Dittmann und Barth von der unabhängigen Sozialdemokratie – ins Leben trat. Rosenberg will in ihr (S. 256) «eine etwas verschleierte Herrschaft der alten Reichstagsmehrheit, ergänzt durch den rechten Flügel der USPD.», sehen, weil auch noch Bürgerliche in verschiedenen Regierungsämtern verblieben, und er behauptet schließlich sogar (S. 257): «*Die Anhänger der sozialistischen Revolution hatten sich nicht durchsetzen können. Die bürgerliche Revolution hatte in Deutschland gesiegt.*» Diese Behauptung war am 10. November 1918 *absolut falsch* und stellt die Dinge geradezu auf den Kopf. Sie bedeutet die unzulässige *Vorwegnahme* eines Urteils über das *Resultat* der Politik, die *nach* dem 10. November 1918 von dem *einen* Flügel der sozialistischen Regierungskoalition, der Mehrheitssozialdemokratie, gegen den Widerstand des *anderen* Koalitionspartners, der unabhängigen Sozialdemokratie, leider getrieben worden ist, und läuft schließlich auf eine *Vorschuß-Entschuldigung* dieser Politik hinaus.

Für den Verfasser des Buches hat sich seine Geschichtsklitterung jedoch gelohnt. Der von seiner kommunistischen «Verirrung» rechtzeitig in den bürgerlichen Kraal zurückgekehrte und das Bürgertum glorifizierende «Historiker» Rosenberg wurde in der Folge *Professor an der Berliner Universität*, was ihm nicht hätte passieren können, wenn er bei den Kommunisten verblieben wäre.

II.

Noch unmöglicher als Rosenbergs Buch «Die Entstehung der deutschen Republik» ist sein 1935 erschienenes Buch «*Geschichte der deutschen Republik*» als Geschichtsquelle. Das gilt in besonderem Maße von den ersten Kapiteln des Buches, in welchen die *Zeit der sozialdemokratischen Volksbeauftragten* geschildert wird. Diese Schilderung will den Nachweis erbringen, daß *Ebert und die Mehrheitssozialdemokratie* in den ersten Wochen der Revolution im wesentlichen korrekt und loyal verfahren seien, weswegen sie *keine historische Schuld* an dem Versagen der Revolution hätten, und daß, geschichtlich gesehen, damals in Deutschland eine sozialistische Republik nicht möglich war, so daß nur eine bürgerliche Republik herauskommen konnte; womit Rosenberg den Faden seines ersten Buches weiterspinnt. Im Interesse der geschichtlichen Wahrheit muß dieser Darstellung auf das nachdrücklichste *widersprochen* werden.

Der in Deutschland von mehrheitssozialistischer Seite gepflegte *Ebert-Kult* hat ja in der Schweiz niemals Nachahmung gefunden. Deshalb konnte das Zürcher «*Volksrecht*» 1925 beim Tode Eberts ungeschminkt und im wesentlichen zutreffend schreiben:

> «Als Sozialisten und Marxisten müssen wir uns in erster Linie fragen: War die von Ebert und seinen engeren Parteifreunden seit mehr als elf Jahren befolgte Politik im Interesse der Arbeiterklasse gelegen oder ist sie dieser nicht vielmehr zum Verhängnis und zum Fluche geworden?
>
> Auf die Frage, so gestellt, müssen wir die Antwort geben, daß Fritz Ebert mit Philipp Scheidemann, dem anderen Führer der deutschen Sozialdemokratie, bei Ausbruch des Weltkrieges, während der ganzen Dauer des Massenmordens und auch nachher der Exponent jener Politik gewesen ist, für die man das treffende Wort Sozialpatriotismus geprägt hat. Ebert ... hat als Vorsitzender der größten und ausschlaggebenden Sozialdemokratischen Partei der kriegführenden Länder in entscheidender Stunde komplett versagt. Wenigstens für den Sozialismus, als Sachwalter des Proletariats, aus dessen Reihen er emporgestiegen ist ...
>
> Beim November-Umschwung 1918 stellte sich Ebert an die Spitze der ‚Revolution', nicht, um diese konsequent zum Siege über ihre nur für den Augenblick verschwundenen monarchistischen und kapitalistischen Widersacher zu führen, sondern um diese Revolution in die Bahnen jener bürgerlichen ‚Ehrbarkeit' zu lenken, die nachher ihr Untergang gewesen ist ...
>
> Ebert blieb in der Nachkriegszeit der Gefangene jener die Arbeiterklasse in den Abgrund führenden Politik ... Während der vier Jahre Weltkrieg und der sechs Jahre Nachkriegszeit taten die deutschen Rechtssozialisten für ihre bürgerlichen Koalitionsbrüder so viel, daß ihnen zu tun wirklich nichts mehr übrig blieb. Nun, da man sie nicht mehr nötig zu haben glaubt, werden diese Rechtssozialisten von der Bourgeoisie wie lästige Bettler abgeschüttelt, mit Hohn und Spott davongejagt.»

Diese bei der älteren Generation der Schweizer Sozialisten, die *Zeitgenossen der Ereignisse* waren, wohl ziemlich allgemein auch heute noch vorherrschende Ansicht über Eberts Rolle im Kriege, in der Revolution und in den ersten Nachkriegsjahren schützt sie davor, daß Rosenberg ihr durch seine Darstellung ein X für ein U vormachen kann. Die *jüngere Generation*, die die Dinge nicht miterlebt hat, unterliegt dagegen der Ge-

fahr, für bare Münze zu nehmen, was Rosenberg in seinem Buche darüber erzählt, weshalb die Korrektur seiner Darstellung *ein Gebot der Zeit* geworden ist.

Zunächst in Kürze die *wesentlichsten Tatsachen*, um dann zu zeigen, wie Rosenberg ihnen Gewalt antut.

In dem am 10. November 1918 gebildeten Rat der Volksbeauftragten bestanden von vornherein *latente Gegensätze*. Die *drei Mehrheissozialisten* Ebert, Scheidemann und Landsberg waren fortgesetzt zu Konzessionen an die bürgerlichen Mittel- und Linksparteien, an die alte Bürokratie und an die alte Generalität bereit und wollten alle durchgreifenden staatlichen und wirtschaftlichen Änderungen erst von der möglichst bald zu wählenden Nationalversammlung vornehmen lassen. Wir drei *unabhängigen Sozialdemokraten* – Haase, Dittmann und Barth – wollten dagegen kraft revolutionären Rechts sofort auf allen Gebieten neue Tatsachen schaffen und dann erst die Nationalversammlung zusammentreten lassen, sie vor vollendete Tatsachen stellen.

Auf *militärischem Gebiet* verlangten wir die restlose Demobilisierung des alten Heeres und des alten Offizierkorps sowie die Bildung einer demokratischen *Volkswehr* und setzten in den ersten Tagen der Revolution auch entsprechende Beschlüsse durch. Ihre Ausführung wurde aber *von Ebert sabotiert*, der ganz unter dem Einfluß des Generals *Gröner* stand. Dieser leitete als Nachfolger Ludendorffs gemeinsam mit Hindenburg vom Großen Hauptquartier in Kassel aus die Rückführung der deutschen Millionenheere aus Frankreich und Belgien und aus dem Osten.

Auf einer direkten Telephonleitung zwischen der Reichskanzlei und dem Großen Hauptquartier – die fälschlich als «Geheimleitung» bezeichnet worden ist – fand allabendlich zwischen Ebert und Gröner eine Besprechung statt und am andern Tage war der Einfluß Gröners auf Ebert in der Regierung stets bemerkbar und wirkte sich als *ständige Sabotage der Vereinbarung* aus, auf welcher die gemeinsame Regierung gebildet worden war: der «*Verwirklichung des sozialistischen Programms*», wie es in der ersten Proklamation des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 geheißen hatte. Ebert unterstand die Militärpolitik und er ließ sich von Gröner beeinflussen, die beschlossene restlose Demobilisierung des alten Heeres nicht auszuführen und die beiden jüngsten Jahrgänge des alten Heeres – die Neunzehn- und Zwanzigjährigen – unter den Waffen zu lassen, um aus ihnen unter dem alten Offizierskorps das neue Heer zu bilden, statt die beschlossene, aus Freiwilligen gedachte demokratische Volkswehr zu errichten. Sobald wir drei unabhängigen Regierungsmitglieder diese Absicht erfuhren, wandten wir uns energisch gegen sie und verlangten die strikte Durchführung der gefaßten Beschlüsse.

Der vom 16. bis 20. Dezember 1918 in Berlin tagende *erste Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands* stand trotz seiner mehrheitssozialistischen Delegiertenmehrheit in der Militärfrage ganz auf unserem Standpunkt. Er nahm einen Antrag der Mehrheitssozialisten *Lampl (Hamburg)* und *Lüdemann (Berlin)* zur Kommandogewalt an, in welchem die Entfernung aller Rangabzeichen in Heer und Marine, das Verbot des außerdienstlichen Waffentragens, die Abschaffung aller Orden und Ehrenzeichen

sowie die Wahl der Offiziere durch die Mannschaften ausgesprochen war und in welchem es zum Schlusse ganz in unserem Sinne hieß: «*Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen.*» Kaum war jedoch der Kongreß geschlossen, als auch schon die *Sabotage* gegen seinen Beschluß zur Kommandogewalt einsetzte.

Hindenburg weigerte sich in einem Telegramm, ihn anzuerkennen, und *Gröner* schloß sich ihm in einer Aussprache an, die am 20. Dezember, dem Schlußtage des Kongresses, in den Abendstunden in der Reichskanzlei zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem vom Kongreß gewählten «Zentralrat der deutschen Republik», dem Kontrollorgan der Regierung, stattfand. *Ebert und Scheidemann sekundierten dem General Gröner* und erklärten den Kongreßbeschluß für nicht durchführbar. Wir drei unabhängigen Volksbeauftragten forderten seine unveränderte Durchführung. *Hermann Müller*, der spätere Reichskanzler, der damals dem eben gewählten Zentralrat angehörte, sagt in seinem 1928 erschienenen Buche «Die November-Revolution» (S. 186): «*Dittmann* sah beim Eingehen auf Gröners Vorschläge ganz schwarz. Für den Zentralrat und die Volksbeauftragten sei das *Selbstmord*. Wenn der wichtigste Beschluß des ganzen Kongresses für Null erklärt würde, könnte das zur Anarchie führen.» Nach langer Debatte wurde die Sache an jenem Abend vertagt, aber Haase, Barth und ich forderten baldige endgültige Entscheidung, worauf einige Tage später beschlossen wurde, nach Weihnachten, am 28. Dezember 1918, eine neue Sitzung mit dem Zentralrat zur endgültigen Entscheidung der Militärfragen abzuhalten.

(Schluß folgt.)